

Kurzprotokoll aus der Sitzung vom 19. September 2017

Es waren 14 Zuhörer sowie ein Vertreter der Südwest Presse anwesend.

1. Aktive kommunale Klimapolitik - Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Staig und der Institution "Regionale Energieagentur Ulm"

BM Jung begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Mäckle von der Regionalen Energieagentur Ulm und verwies auf den ersten Beratungstermin in der Gemeinde Staig, der heute, am 19.09.2017, im neuen Rathaus stattgefunden hat. Weitere Termine folgen.

Herr Mäckle erläuterte, dass die Regionale Energieagentur Ulm als gemeinnützige Gesellschaft am 02.06.2008 von der Stadt Ulm und von den Landkreisen Neu-Ulm, Heidenheim und dem Alb-Donau-Kreis mit Partner aus dem Bereich der regionalen Energieversorger und Verbänden mit Sitz in Ulm gegründet wurde. Gegenstand des Unternehmens ist die nachhaltige Beratung, Entwicklung und Förderung im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes durch eine unabhängige qualifizierte und neutrale Beratung sowie Serviceleistungen. Die Beratung erfolgt für Privatpersonen, Gewerbe, Industrie, Handel, Kommunen, Verbände und kirchliche Einrichtungen.

Ziel dabei ist es, ein Optimum an Energieeinsparung, ein einheitliches, neutrales und professionelles Niveau der Energieberatung, die Koordination und Vernetzung vorhandener, kommunaler, staatlicher und privater Initiativen und die übersichtliche Darstellung und Vermittlung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten zu erreichen.

Nach einer kurzen Aussprache stimmte der Gemeinderat der vorgelegten Vereinbarung über eine direkte finanzielle Förderung zwischen der Gemeinde Staig und der Regionalen Energieagentur Ulm gGmbH zu.

Mit Abschluss dieser Vereinbarung hat die Gemeinde auch einen höheren Förderanspruch bei der Durchführung eigener Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

2. Neue 380-kV Leitung Dellmensingen - Wullenstetten - Vorstellung des Projekts und des Verfahrensablaufs

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende von der Firma Amprion, Herrn Karsten Stiens, Herrn Markus Roth und Herrn Oliver Sanders.

Herr Stiens verwies in seinem Vortrag einleitend auf das Bundesbedarfsplangesetz, in dem die Maßnahme als notwendig dargestellt ist. Sie wird dort geführt unter Vorhaben 25 und betrifft die Strecke Wullenstetten (Senden) über Dellmensingen (Erbach) bis nach Niederwangen (Wangen/Allgäu). Alle Netzbetreiber, darunter auch die Amprion, stehen im Zusammenhang mit der Energiewende, alternativer Energiegewinnung (Windkraftanlagen im Norden / Energiebedarf im Süden), der gewünschten Elektromobilität, etc. vor neuen Herausforderungen und hohen Investitionen für das Stromnetz (Hochspannungsleitungen).

Während von Dellmensingen bis Niederwangen eine Umbeseilung von 220-kV auf 380-kV erfolgt, handelt es sich bei der Strecke von Wullenstetten bis Dellmensingen um eine sogenannte Zubeseilung. Dies bedeutet, dass auf der freien Mastenseite eine zusätzliche 380-kV Leitung installiert wird. Grundsätzlich gehe man bei der Umsetzung des Bundesbedarfsplans vom sogenannten NOVA-Prinzip aus. Dies bedeutet, dass eine Netzoption und Netzverstärkung Vorrang vor einem Ausbau neuer Leitungstrassen hat.

Zur Umsetzung der Maßnahme ist ein zweistufiges Genehmigungsverfahren notwendig, für das, aufgrund der Tatsache, dass zwei Bundesländer betroffen sind, die Bundesnetzagentur in Bonn zuständig ist.

Neben den Informationen, wie diese Genehmigungsabschnitte im Einzelnen ablaufen und welche Untersuchungen Bestandteil des Genehmigungsantrags sind, wurde dargestellt welche Mitwirkungsrechte jedem Bürger und auch der Gemeinde im Genehmigungsverfahren zur Verfügung stehen.

Seitens des Gemeinderats wurde in der anschließenden Aussprache immer wieder auf den geringen Abstand der Leitung zur Wohnbebauung im Ahornweg und die Verpflichtung der Gemeinderäte, sich zum Wohl der Bürger einzusetzen, hingewiesen. Bürgermeister Jung schlug den Versuch vor, über eine politische Einflussnahme bei Abgeordneten eine Lockerung der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen zu erreichen, die derzeit eine Erdverkabelung bei Wechselstromleitungen ausschließt. Auch über ein von der Gemeinde beauftragtes Gutachten könne nachgedacht werden.

Seitens der Firma Amprion wurde dargestellt, dass die Situation in Altheim durchaus bekannt ist und auch aus diesem Grund die frühzeitige Information der Gemeinde und ein Termin für eine Bürgersprechstunde in Staig gewählt wurden. Festzuhalten ist jedoch, dass alle gesetzlichen Grenzwerte auch mit der neuen Leitung eingehalten werden.

3. Bürgerfrageviertelstunde

- a) In der Bürgerfrageviertelstunde wurden von Bürgern weitere Fragen zur geplanten 380-kV Leitung gestellt (Möglichkeiten zum Abrücken von der bestehenden Wohnbebauung / Alternative zu den von Aprion bestellten Gutachter, z.B. BUND). Herr Stiens verdeutlichte nochmals, dass aufgrund der Tatsache, dass alle Grenzwerte eingehalten sind, keine Sachgründe für ein Abrücken vorliegen. Gutachten werden im Genehmigungsverfahren ausreichend geprüft. In der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wird auch der BUND im Genehmigungsverfahren gehört.
- b) Die Frage eines Bürgers: *„Gehe ich recht in der Annahme, dass Gemeinderat, Bürgermeister und Interessengemeinschaft zum Wohle des Bürgers gemeinsam versuchen, Gefahren, die von dieser neuen Stromleitung ausgehen, abzuwehren“*, beantwortet Bürgermeister Jung mit „**Ja**“.

4. Baugebiet "Hinter den Tannen IV"- Vergabe der Straßenbeleuchtungsarbeiten

Der Auftrag zur Lieferung und Montage von 31 Straßenlampen ging an die günstigste Bieterin die Firma Elekto-Kienhöfer, Staig.

5. Gemeindehalle Altheim - Ersatzbeschaffung und Neuanschaffung von Sportgeräten

Seitens der der Verwaltung wurde berichtet, dass sich die Lehrer der Verbandsgemeinschaftsschule und der SC Staig über die gemeinsame Nutzung von Sportgeräten, Ersatzbeschaffungen und Ergänzungen von Sportgeräten, der Einteilung der Geräteräume, etc. geeinigt haben. Eine gute Zusammenarbeit erfolgt bereits bei der Nutzung eines Kursraums im Fiss, den die Schule für einen Aerobickurs belegt. Auch die Jugendbälle in der Garage der Fußballabteilung werden, ebenso die Geräte in der Leichtathletikgarage im Vereinsheim bereits gemeinsam genutzt. Künftig soll auch das neue Beachvolleyballfeld der Schule kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Unter Führung des SC Staig wurde dann zusammen mit der Gemeinde, die dem Gemeinderat vorgelegte Liste von Reparaturen und Ersatzbeschaffungen, erstellt. Die Kostenaufteilung zwischen der Gemeinde, dem Gemeindeverwaltungsverband als Träger der verbandsgemeinschaftsschule und dem SC Staig erfolgt dann gemeinsam nach Abschluss aller Ersatzbeschaffungen.

6. Familien-Bildungsstätte Ulm e.V. - Kursangebot in Staig / Kostenzuschuss

Der Gemeinderat stimmte zu, alternativ zum Kursangebot der Volkshochschule Ulm auch der Familienbildungsstätte Ulm die Möglichkeit zu geben Kurse anzubieten. Dieses Angebot soll ab 01.01.2018 beginnen. Hierfür wird ein jährlicher Kostenzuschuss von 0,51 € je Einwohner an die FBS-Ulm fällig.

7. Bausachen

- a) Baugesuch, Antrag auf Baugenehmigung (§ 49 LBO), Neubau eines Einfamilienwohnhauses, Flurstück 1073/1, Gemarkung Staig, Ortsteil Weinstetten, Bachstraße 3 - Tektur

Die Gemeinde hatte ihr Einvernehmen bereits in der Sommerpause des Gemeinderats erteilt – Kenntnisnahme

- c) Baugesuch, Antrag auf Baugenehmigung (§ 49 LBO), Nutzungsänderung zur Pferdehaltung und Bau von Pferdeboxen im bestehenden Wirtschaftsgebäude, Flurstück 1073/3, Gemarkung Staig, Ortsteil Weinstetten, Staiger Straße 6

Die Gemeinde hatte ihr Einvernehmen bereits in der Sommerpause des Gemeinderats erteilt – Kenntnisnahme

- d) Baugesuch, Antrag auf Baugenehmigung (§ 49 LBO), Nutzungsänderung des Dachgeschosses zu Wohnraum und Anbau von einem Balkon, Flurstück 284/4, Gemarkung Altheim, Birkenweg 5

Dem Baugesuch wurde zugestimmt.

8. Sonstiges, Bekanntgaben

- a) Defibrillatoren – Anschaffung durch die Gemeinde

Der Vorsitzende berichtete, dass das erste Gerät bereits im Eingangsbereich des neuen Rathauses installiert wurde. Mit Herrn Gehrt vom DRK Ortsverein Dorndorf wurde vereinbart eine erste Schulung für interessierte Bürger Mitte Oktober 2017 abzuhalten.

- b) Elektro-Tankstelle

Der Vorsitzende berichtete, dass das Land den Antrag der Gemeinde Staig zur Errichtung einer Elektroladestation für Kraftfahrzeuge abgelehnt hat. Ein neuer Antrag soll gestellt werden.

Die nächste öffentliche Sitzung findet voraussichtlich am 10. Oktober 2017 statt.